

NOMOSLEHRBUCH

Michael | Morlok

Grundrechte

9. Auflage



Nomos

NOMOSLEHRBUCH

Prof. Dr. Lothar Michael
Universität Düsseldorf

Prof. Dr. Martin Morlok
Universität Düsseldorf

Grundrechte

9. Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-0170-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-5090-5 (ePDF)

9. Auflage 2025

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2025. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 9. Auflage

Für die 9. Auflage wurde das Werk nicht nur aktualisiert, sondern grundlegend neu gegliedert und bearbeitet. Die allgemeinen Grundrechtslehren wurden nun – wie auch sonst in Lehrbüchern üblich – „vor die Klammer“ gezogen. Um den Einstieg in die Grundrechte auch am Anfang des Studiums schon mit diesem Lehrbuch zu erleichtern, wurde dem „dreistufigen Grundrechtsaufbau in Standardfällen“ ein eigener Teil gewidmet (2. Teil). Auch die Verfassungsbeschwerde, die nicht nur eine die Praxis und das Grundrechtsverständnis prägende Bedeutung hat, sondern auch in der Lehre und Fallbearbeitung bereits ab dem ersten Semestern eine Rolle spielt, wurde nach vorne gezogen (3. Teil). Der Tradition dieses Lehrbuchs folgend werden aber auch komplexere Fragestellungen einschließlich der Grundrechte im Mehrebenensystem (7. Teil) vertieft.

Wir danken allen beteiligten wissenschaftlichen und studentischen Kräften. Namentlich hervorgehoben seien hier Frau *Dr. Sarah Dersarkissian* für diskursive Gespräche und Anregungen, Frau *Johanna Materne* für Recherchen und Nachweise, Herr *Christoph Witthaut* für die Überarbeitung des Stichwortverzeichnisses sowie Frau *Raika Peisert* und Herr *Christoph Stienen* für die Aktualisierung der Fußnoten und Querverweise.

Hinweise, Anregungen und Fragen sind stets willkommen, gerne auch per E-Mail (Lothar.Michael@uni-duesseldorf.de).

Düsseldorf, Dezember 2024

Lothar Michael

Martin Morlok

Vorwort zur 1. Auflage

Die Grundrechte stehen im Zentrum des **Staats- und Verfassungsrechts**. Sie sind Ausgangspunkt und Krönung der deutschen Rechtsordnung und unterliegen zunehmend auch **europäischen Einflüssen**. Welche Grundrechte in Deutschland garantiert sind, kann also aus dem Grundgesetz allein nicht mehr beantwortet werden. Dazu sind vielmehr auch die Bedeutung der EU-Grundrechte und der EMRK sowie deren Verhältnis zum Grundgesetz zu klären. Dies ist eine grundlegende und in der Praxis aktuelle Fragestellung. Die „europarechtlichen Bezüge unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses des europäischen Rechts zum nationalen Recht“ (so ausdrücklich § 11 Abs. 3 Juristenausbildungsgesetz NRW) gehören zum **Pflichtstoff des Examens**. Ein modernes Lehrbuch über Grundrechte muss daher heute zugleich ein Lehrbuch über deutsche und europäische Grundrechte sein. Das vorliegende Werk versucht beidem gerecht zu werden, ohne den Umfang zweier Lehrbücher zu erreichen. Der Frage des Verhältnisses der deutschen zu den europäischen Grundrechten ist ein eigener Teil gewidmet. Die inhaltliche Darstellung einzelner europäischer Garantien ist auf praktisch besonders relevante Unterschiede beschränkt und verweist im Übrigen auf weiterführende Literatur. In der Gewichtung des Stoffes haben wir uns – auch hinsichtlich der deutschen Dogmatik – auf die Vermittlung der Grundgedanken und ihrer Systematik konzentriert, d. h. auf das, was alle Studierenden wissen und verstehen sollten.

Adressaten dieses Lehrbuchs sind (angehende) Juristinnen und Juristen aller Semester. Es ist ein Buch **für Anfänger**, dient aber auch der Wiederholung und Vertiefung **für Fortgeschrittene**. Vertiefende Hinweise werden im Text ausdrücklich als solche und am Rand mit einem Ausrufezeichen gekennzeichnet. Sie können ebenso wie der zweite Teil des Buches („Grundrechte im Mehrebenensystem“) von Anfängern übersprungen werden. Schließlich ist das Buch **auch für die Praxis** gedacht, die verstärkt um die Berücksichtigung der EMRK ringt. So ist in der Verfassungsbeschwerdepraxis die Rüge der Nichtbeachtung der EMRK von der Ausnahme zur Regel geworden. Auch die NJW nimmt durch verstärkte Berichterstattung über Rechtsprechung des EGMR darauf Rücksicht. Das vorliegende Buch will helfen, all dies einordnen.

Die Gliederung des Buchs folgt im 3. bis 7. Teil dem Aufbau der Grundrechtsprüfung: Schutzbereiche, Eingriff und Rechtfertigung werden in dieser Reihenfolge abgehandelt. Das Buch ist also nicht in allgemeine und besondere Grundrechtslehren zweigegliedert, sondern soll gerade deren Verschränkung verdeutlichen. Den **Prüfungsaufbau** veranschaulichen auch Schemata am Ende des Buches. Sie erleichtern mit Verweisungen auf die entsprechenden Randnummern im Text das Auffinden aller relevanter Passagen zu jedem Grundrecht. Außerdem erfolgen systematische Verweisungen auf die jeweiligen Schranken am Ende der Darstellung der entsprechenden Schutzbereiche. Das gezielte Nachlesen zu bestimmten Einzelgrundrechten „am Stück“ ist dadurch unproblematisch möglich. Wer die allgemeinen Lehren „am Stück“ lesen mag, überspringe Teil 3 des Buches sowie in Teil 7 die Ausführungen zu § 23 IV. Die studienbegleitende Lektüre wird somit auch für Vorlesungen, die anders als das Lehrbuch aufbauen, erleichtert.

Das Buch ist der erste Teil eines Gemeinschaftsprojekts. Dem Band „*Michael/Morlok*, Grundrechte“ soll ein Band „*Morlok/Michael*, Staatsorganisationsrecht“ folgen. Die Konzeption und Gliederung beider Bände ist unser Gemeinschaftswerk. Um innerhalb jedes Bandes eine Darstellung „aus einem Guss“ zu ermöglichen, haben wir den Entwurf und die Letztverantwortung auf die beiden Bände verteilt und dem jeweils

Vorwort zur 1. Auflage

Erstgenannten anvertraut. Das Ergebnis spiegelt den fruchtbaren Diskurs über Inhalte und deren Darstellung. Im Anhang des Bandes wird die didaktische Essenz der Grundrechtslehre auf zwei Weisen verdichtet: Hier zeichnet *Martin Morlok* für die „sieben Hauptsätze“ und *Lothar Michael* für die Schemata verantwortlich.

Hinweise, Anregungen und Fragen sind stets willkommen, gerne auch per E-Mail (Lothar.Michael@uni-duesseldorf.de).

Wir danken allen beteiligten wissenschaftlichen und studentischen Kräften. Namentlich hervorgehoben seien hier Dr. *Julian Krüper*, der unseren Diskurs kritisch und anregend bereichert hat, sowie wegen ihres unermüdlichen Einsatzes und für wertvolle Hinweise *Christian Kemler*, *Julia Figura*, *Julia Leven*, *Carl-Georg Müller* und *Lars Wildhagen*. Für die Erstellung des Sachverzeichnisses danken wir *Christina Hientzsch*.

Gewidmet sei dieses Buch dem Seminar unseres gemeinsamen akademischen Lehrers Prof. Dr. Dr. h. c. mult. *Peter Häberle*. Das „Häberle-Seminar“ kann als Vorreiter gerade auch der Berücksichtigung europäischer Dimensionen des Verfassungsrechts und der Ausbildung „europäischer Juristen“ gelten.

Düsseldorf, August 2008

Lothar Michael

Martin Morlok

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	13
Abkürzungsverzeichnis	31

Teil 1: Idee, Entwicklung und Interpretation der Grundrechte

§ 1 Der Bedeutungskern der Grundrechte und seine Verwirklichung	35
§ 2 Geschichte der Grundrechte und ihrer Interpretation	39
§ 3 Grundrechtsinterpretation	84

Teil 2: Die dreistufige Grundrechtsprüfung in Standardfällen

§ 4 Systematik und Gegenstände der Grundrechtsprüfung	91
§ 5 Der Grundrechtseingriff	100
§ 6 Prämissen der Rechtfertigung von Grundrechtseingriffen	111
§ 7 Die formelle Verfassungsmäßigkeit von Grundrechtseingriffen	116
§ 8 Die Verhältnismäßigkeit von Grundrechtseingriffen	124

Teil 3: Die Verfassungsbeschwerde

§ 9 Überblick über die Systematik des Grundrechtsschutzes	141
§ 10 Die Erfolgsaussichten einer Verfassungsbeschwerde	145

Teil 4: Problemfälle der allgemeinen Grundrechtslehren

§ 11 Grundrechtsschutz von Ausländern	160
§ 12 Grundrechtsschutz Minderjähriger	163
§ 13 Juristische Personen	165
§ 14 Leistungsrechte und Schutzpflichten gegen staatliches Unterlassen	177
§ 15 Die Drittwirkung der Grundrechte	188
§ 16 Sonderstatusverhältnisse	209
§ 17 Verfassungskonforme Auslegung und Anwendung von Gesetzen	214
§ 18 Grundrechtsverzicht	224
§ 19 Grundrechtsmissbrauch und Grundrechtsverwirkung	227
§ 20 Grundrechtskonkurrenzen und -kumulationen	230

Inhaltsübersicht

Teil 5: Besondere Grundrechtslehren

§ 21	Systematik der besonderen Grundrechtslehren	237
§ 22	Garantie der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG)	241
§ 23	Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)	253
§ 24	Das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG)	259
§ 25	Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG)	268
§ 26	Die Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG)	277
§ 27	Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art. 4 GG)	282
§ 28	Die Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG)	293
§ 29	Die Freiheiten der Kunst, der Wissenschaft und der Lehre (Art. 5 Abs. 3 GG)	309
§ 30	Ehe und Familie (Art. 6 GG)	317
§ 31	Schulwesen (Art. 7 GG)	327
§ 32	Die Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)	331
§ 33	Die Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)	343
§ 34	Die Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG)	353
§ 35	Recht auf Vertraulichkeit der Telekommunikation (Art. 10 GG)	357
§ 36	Recht auf Freizügigkeit (Art. 11 GG)	361
§ 37	Die Berufsfreiheit (Art. 12 GG)	364
§ 38	Die Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG)	378
§ 39	Die Eigentumsfreiheit (Art. 14 GG)	384
§ 40	Das Ausbürgerungs- und Auslieferungsverbot (Art. 16 GG)	402
§ 41	Das Asylrecht (Art. 16 a GG)	405
§ 42	Petitionsrecht (Art. 17 GG)	407
§ 43	Justizgrundrechte	410

Teil 6: Gleichheitsrechte

§ 44	Einführung in die Gleichheitsrechte	428
§ 45	Der allgemeine Gleichheitssatz	434
§ 46	Besondere Gleichheitssätze	448

Teil 7: Grundrechte im Mehrebenensystem

§ 47	Einführung in das Mehrebenensystem	459
§ 48	Die EMRK und ihre Durchsetzbarkeit	461
§ 49	Die GRCh und ihre Durchsetzbarkeit	471

Inhaltsübersicht

Sieben Hauptsätze zur Beschränkbarkeit der Grundrechte	491
Schemata	493
Definitionen	508
Stichwortverzeichnis	517

Inhalt

Vorwort zur 9. Auflage	5
Vorwort zur 1. Auflage	6
Abkürzungsverzeichnis	31

Teil 1: Idee, Entwicklung und Interpretation der Grundrechte

§ 1 Der Bedeutungskern der Grundrechte und seine Verwirklichung	35
I. Das Ideal gleicher Freiheit	35
II. Die Ausgangsvermutung zugunsten aktiver Grundrechtsausübung als Rechtfertigungslast	35
III. Grundrechte als vorrangige und verfassungsgerichtlich durchsetzbare Rechtsansprüche auf gleiche Freiheit	36
§ 2 Geschichte der Grundrechte und ihrer Interpretation	39
I. Beständiges Verfassungsrecht als Rechtsentwicklung begreifen	39
II. Aspekte der Grundrechtsentwicklung	40
III. Die Grundrechtsentwicklung in Stationen	41
1. Begrenzung weltlicher Herrschaft durch gottgegebenes Naturrecht	41
2. Freiheit und Gleichheit als Prämissen eines rationalistischen Naturrechts	43
3. Grundrechte als positive Verfassungsgarantien	44
4. Die rechtsstaatliche Idee der Begrenzung staatlicher Gewalt	46
5. Anerkennung und Ausgestaltung rechtlicher Freiheiten im 19. Jahrhundert	47
6. Die Verfassungstheorie und Grundrechtsinterpretation der Weimarer Zeit	49
a) Hans Kelsen: Die Relativierung der Bedeutung geschriebener Grundrechte durch den Rechtspositivismus	50
b) Carl Schmitt: Grundrechte als vorstaatliche Abwehrrechte gegen den Staat	52
c) Rudolf Smend: Grundrechte als Werte und Integrationsziele	54
7. Die Stärkung der Grundrechte durch den Grundrechtskatalog des Grundgesetzes und die Regelung einer Verfassungsbeschwerde	56
a) Grundrechtsimpulse im Text des Grundgesetzes von 1949	56
b) Die Schaffung des BVerfG und der Verfassungsbeschwerde	58
8. Der Beitrag des BVerfG zur Entwicklung der Grundrechte	60
a) Die Tendenz der Rechtsprechung des BVerfG zur Maximalinterpretation der Grundrechte	61
b) Personelle und biographische Komponenten eines Kampfes um Deutungshoheit	64
c) Kontexte von Entscheidungen und Dekontextualisierung der Maßstäbe	66
d) Wissenschaftliche Reflexion der Rechtsprechung	71
9. Die EMRK und die Entwicklung der Rechtsprechung des EGMR	72

Inhalt

10. Die Grundrechte des Europäischen Unionsrechts	75
§ 3 Grundrechtsinterpretation	84
I. Normstrukturelle Betrachtung	84
1. Unterscheidung zwischen Regeln und Prinzipien	84
2. Grundrechte als Regeln	85
3. Grundrechte als Prinzipien	85
4. Verfassungsgerichtliche Grundsatzentscheidungen als Präjudizien und Fallvergleich	86
II. Das Verfassungsdilemma zwischen Beständigkeit und Wandel	87
1. Beständigkeitsanspruch der Grundrechtsgeltung	87
2. Grundrechtswandel	88

Teil 2: Die dreistufige Grundrechtsprüfung in Standardfällen

§ 4 Systematik und Gegenstände der Grundrechtsprüfung	91
I. Die Systematik der Grundrechtsprüfung als Rationalisierung und Beschränkung von Abwägungsfragen	91
II. Vorfrage: Gegenstände der Grundrechtsprüfung	92
1. Erste Konstellation: Gesetzliche Regelungen als Gegenstand der Grundrechtsprüfung	93
2. Zweite Konstellation: Einzelakte als Gegenstand der Grundrechtsprüfung	94
3. Weitere Konstellationen: Insbesondere Verordnungen als Gegenstand der Grundrechtsprüfung	96
III. Der dreistufige Aufbau	97
1. Beeinträchtigung eines Schutzbereichs und Grundrechtsberechtigung	97
2. Grundrechtsverpflichtung und Zurechnung der Grundrechtsbeeinträchtigung	98
3. Formelle und materielle Rechtfertigung	98
§ 5 Der Grundrechtseingriff	100
I. Die Funktion des Eingriffsbegriffs	100
II. Der klassische Eingriffsbegriff	100
III. Der erweiterte Eingriffsbegriff	102
1. Ausgangsüberlegung und Leitlinien für eine dogmatische Erfassung	102
2. Fallgruppen und Einzelfragen	104
a) Unmittelbare faktische Eingriffe	104
b) Zurechnung eines staatlich genehmigten, grundrechtsbeschränkenden Handelns Dritter	105
c) Zurechnung einer staatlichen Indienstnahme Privater	105
d) Der umstrittene Problemfall: Staatliche Empfehlungen und Warnungen	106
e) Irrelevanz eines Ausweichverhaltens der Grundrechtsbetroffenen für die Zurechnung	109
f) Intertemporale eingriffsähnliche Vorwirkungen	109

§ 6	Prämissen der Rechtfertigung von Grundrechtseingriffen	111
	I. Rechtfertigungsbedürftigkeit von Grundrechtseingriffen	111
	II. Rechtfertigungsfähigkeit von Grundrechtseingriffen	111
	III. Schrankenbestimmungen als ausdrückliche Regelungen der Beschränkbarkeit der Grundrechte	112
	IV. Vorbehaltlos gewährleistete Grundrechte ohne explizite Schrankenbestimmungen	113
	V. Der Sonderfall absoluten Schutzes	114
	VI. Aufbau der Prüfung der Rechtfertigung von Grundrechtseingriffen in drei Schritten	114
§ 7	Die formelle Verfassungsmäßigkeit von Grundrechtseingriffen	116
	I. Formelle Verfassungsmäßigkeit als rechtsstaatliches Gebot	116
	II. Die Form des Grundrechtseingriffs als Ausgangspunkt für seine formelle Verfassungsmäßigkeit	116
	III. Die formelle Verfassungsmäßigkeit grundrechtsbeschränkender Gesetze	117
	1. Formelle Anforderungen an grundrechtsbeschränkende Gesetze als subjektive Ansprüche auf die Beachtung des objektiven Staatsorganisationsrechts	117
	2. Das Zitiergebot nach Art. 19 Abs. 1 S. 2 GG	117
	3. Das Verbot des Einzelfallgesetzes nach Art. 19 Abs. 1 S. 1 GG und Verwaltungsvollzugsvorbehalte	118
	IV. Die formelle Verfassungsmäßigkeit grundrechtseingreifender Hoheitsakte, die selbst keine Gesetze sind	119
	1. Die Problemkonstellation	119
	2. Vorbehalt des Gesetzes als allgemeiner und ungeschriebener Grundsatz	119
	3. Die Frage der Existenz eines einschlägigen schrankenziehenden Gesetzes	121
	4. Die Frage der Verfassungskonformität des einschlägigen schrankenziehenden Gesetzes	122
	5. Weitere spezielle Anforderungen der formellen Verfassungsmäßigkeit	123
§ 8	Die Verhältnismäßigkeit von Grundrechtseingriffen	124
	I. Das Prüfungsprogramm des Übermaßverbotes	124
	1. Die Bezugsgrößen der Verhältnismäßigkeit von Eingriffen	124
	a) Normen und Einzelakte als Mittel	124
	b) Herausarbeitung legitimer Zwecke	124
	2. Die Dreistufigkeit des Übermaßverbotes	126
	a) Geeignetheit	126
	b) Erforderlichkeit	127
	c) Verhältnismäßigkeit i. e. S.	128
	3. Reflexion: Bedeutung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und Kritik	131

II. Der Sonderfall der materiellen Rechtfertigung von Eingriffen in vorbehaltlose Grundrechte	133
1. Prüfungsstruktur der Rechtfertigung von Eingriffen in vorbehaltlose Grundrechte	133
2. Rechtsgüter mit Verfassungsrang	133
a) Methodik der Bestimmung von Verfassungsgütern	133
b) Grundrechte Dritter	134
c) Gemeinschaftsgüter als Verfassungsgüter	135
3. Herstellung praktischer Konkordanz der kollidierenden Grundrechte bzw. Verfassungsgüter als modifizierte Prüfung der Verhältnismäßigkeit	138
Teil 3: Die Verfassungsbeschwerde	
<hr/>	
§ 9 Überblick über die Systematik des Grundrechtsschutzes	141
I. Die Bedeutung des Grundrechtsschutzes für das Verständnis der Grundrechte	141
II. Grundrechtsschutz auf dem Rechtsweg	141
1. Der Rechtsweg und die Rechtsschutzgarantie	141
2. Die Erschöpfung des Rechtswegs mit seinem Instanzenzug	141
3. Die Grenzen des Grundrechtsschutzes auf dem Rechtsweg und dessen Ergänzung durch Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht	142
4. Die wichtigsten Konstellationen grundrechtlicher Fälle und ihre prozessualen Konsequenzen	143
§ 10 Die Erfolgsaussichten einer Verfassungsbeschwerde	145
I. Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde	145
1. Zuständigkeit des BVerfG	145
2. Beschwerde- und Prozessfähigkeit	145
3. Beschwerdegegenstand	145
4. Beschwerdebefugnis	147
5. Rechtswegerschöpfung und Subsidiarität	148
6. Form und Frist	151
II. Begründetheit und Konsequenzen der Verfassungsbeschwerde	151
1. Berücksichtigung des Beschwerdegegenstandes bei der Formulierung des Obersatzes	151
2. Fragen des Aufbaus der Begründetheitsprüfung bei der Urteilsverfassungsbeschwerde	152
a) Der Schachtelaufbau mit der inzidenten Überprüfung der gesetzlichen Grundlage	152
b) Die Überprüfung der gesetzlichen Grundlage als Vorfrage	153
c) Empfehlungen für die Verwendung der Aufbauvarianten	153
3. Die Maßstäbe der Begründetheit einer Verfassungsbeschwerde	154
a) Beschränkung auf die Grundrechte und auf die Funktion der Verfassungsgerichtsbarkeit	154
b) Ergänzung der Grundrechte des Beschwerdeführers durch objektives Verfassungsrecht	156

Inhalt

4. Die Rechtsfolgen der Verfassungswidrigkeit eines Gesetzes	157
III. Zwei Tipps für das Gutachten über die Erfolgsaussichten einer Verfassungsbeschwerde	158
1. Von der Sinnhaftigkeit von Gutachten und Hilfgutachten	158
2. Zwei Typen und Perspektiven des Gutachtens	158
a) Die Beratungsperspektive auf eine noch nicht eingelegte Verfassungsbeschwerde („Anwaltsklausur“)	159
b) Die Gerichtsperspektive auf eine bereits eingelegte Verfassungsbeschwerde („Richterklausur“)	159
Teil 4: Problemfälle der allgemeinen Grundrechtslehren	
<hr/>	
§ 11 Grundrechtsschutz von Ausländern	160
I. Unterscheidungen des Grundgesetzes nach der Staatsangehörigkeit	160
II. Unionsrechtlich gebotene partielle Gleichbehandlung von Deutschen und EU-Bürgern bzw. Grundfreiheitsträgern	161
§ 12 Grundrechtsschutz Minderjähriger	163
§ 13 Juristische Personen	165
I. Einführung: Warum juristische Personen eine besondere Herausforderung für die Grundrechtsdogmatik sind	165
II. Grundrechtsfähigkeit juristischer Personen nach Art. 19 Abs. 3 GG	166
1. Rechtsfähigkeit und Teilrechtsfähigkeit	166
2. Inländische und ausländische juristische Personen	166
3. Ihrem Wesen nach auf juristische Personen anwendbare Grundrechte	167
a) Personale und situationspezifische Begründungsansätze	167
b) Anwendbarkeit auf juristische Personen des öffentlichen Rechts in Ausnahmefällen	168
c) Der Problemfall der gemischtwirtschaftlichen Unternehmen	170
d) Exkurs: Die Grundrechtsbindung gemischtwirtschaftlicher Unternehmen	171
e) Ausschluss höchstpersönlicher Grundrechte	172
III. Institutioneller und justizieller Schutz von Vereinigungen und sonstigen Kollektiven	173
1. Institutioneller und inhaltlicher Schutz von Vereinigungen	173
2. Justizieller und rechtsstaatlicher Schutz von Kollektiven	173
IV. Einordnung der Einzelfragen in die Zulässigkeit und Begründetheit einer Verfassungsbeschwerde	174
§ 14 Leistungsrechte und Schutzpflichten gegen staatliches Unterlassen	177
I. Grundrechtsdimensionen als Zurechnungsfrage	177
II. Grundrechtsdimensionen als Frage der Grundrechtswirkungen	177
III. Leistungsrechte	179
1. Originäre Leistungsrechte aus Freiheitsrechten	179
2. Abgeleitete Teilhaberechte auf Gleichbehandlung	180

IV. Schutzpflichten	180
1. Begriff und Bedeutung der Schutzpflichten im System staatlicher Grundrechtsverantwortung	180
2. Zurechnung staatlichen Unterlassens: Verfassungsrechtliche Garantenstellungen	181
a) Spezielle verfassungsrechtliche Schutz-, Förderungs- und Ausgestaltungsaufträge	181
b) Verfassungsrechtliche Gewährleistung von Sicherheit	181
c) Verfassungsrechtliche Gewährleistung von Autonomie	182
d) Schutzpflichten aus Ingerenz und bei kumulativen Beeinträchtigungen	183
e) Staatliche Garantenstellung in Sonderstatusverhältnissen	184
f) Toleranz als Grenze der Schutzpflichten	184
V. Das Untermaßverbot als Ausprägung der Verhältnismäßigkeit bei Schutzpflichten	185
1. Die Bezugsgrößen der Verhältnismäßigkeit bei Schutzpflichten	185
a) Die Nichterfüllung der Schutzpflicht als Mittel	186
b) Schutzzwecke und kollidierende Interessen	186
2. Geeignetheit	186
3. Effektivität statt Erforderlichkeit	186
4. Verhältnismäßigkeit i. e. S.	187
5. Rechtsfolgen	187
§ 15 Die Drittwirkung der Grundrechte	188
I. Vorbemerkung: Einordnung des Phänomens als Spezialfall der Grundrechtskollision	188
II. Einführung: Warum die Drittwirkung der Grundrechte so umstritten ist	189
III. Dogmatische Rekonstruktion eines beschreibenden Begriffs	190
1. „Mittelbare Drittwirkung“ als Beschreibung eines Reflex-Phänomens	190
2. Duldungspflicht gegenüber zivilgerichtlichen Entscheidungen	191
3. Rekonstruktion zivilgerichtlicher Entscheidungen über die Eingriffs- und Schutzpflichtendogmatik	191
4. Judikative Eingriffe als Funktionsäquivalente exekutiver und legislativer staatlicher Interventionen	192
IV. Fallgruppen mittelbarer Drittwirkung der Grundrechte im Privatrecht	194
1. Klarstellung: Kein „judikativer Eingriff“ durch eine Verurteilung zur Erfüllung vertraglicher Ansprüche	194
2. Schutzpflichten des Staates in Fällen einer schweren Störung der Vertragsparität	194
3. Die Anwendung von Generalklauseln zur Inhaltskorrektur zivilrechtlicher Verträge als judikativer Eingriff	196
4. Die Anwendung privatrechtlicher Generalklauseln in gesetzlichen Schuldverhältnissen als „judikativer Eingriff“	197
5. Die Nichtanwendung unbestimmter gesetzlicher Anspruchsgrundlagen als staatliches Unterlassen einer Intervention (gegebenenfalls Verletzung einer Schutzpflicht)	199

6. Wechselwirkungen zwischen Rechtsfortbildung und mittelbarer Drittwirkung der Grundrechte	199
7. Tendenzen der Rechtsprechung zur Entwicklung weiterer Fallgruppen und die umstrittene Grenze zur direkten Drittwirkung	201
V. Erfolgsaussichten einer Verfassungsbeschwerde in Fällen mittelbarer Drittwirkung	203
1. Zulässigkeitsstationen	204
2. Der Prüfungsmaßstab der Verfassungsbeschwerde gegen zivilgerichtliche Entscheidungen	204
3. Obersatz und Aufbau der Begründetheit einer Verfassungsbeschwerde gegen zivilgerichtliche Entscheidungen	204
§ 16 Sonderstatusverhältnisse	209
I. Grundrechtsberechtigung auch in Sonderstatusverhältnissen	209
II. Sonderstatusverhältnisse als besondere Problemkonstellation	209
III. Positive und negative Grundrechtsausübung in Sonderstatusverhältnissen	210
IV. Staatliche Garantienstellung in Sonderstatusverhältnissen	210
V. Verhältnismäßigkeit in Sonderstatusverhältnissen	212
§ 17 Verfassungskonforme Auslegung und Anwendung von Gesetzen	214
I. Die Grenze zwischen verfassungskonformer Auslegung und Nichtigkeit einer Norm	214
II. Abschichtung zwischen Auslegung und Anwendung von Normen	218
1. Verfassungsmäßigkeit von Normen und ihrer Auslegung	218
2. Verhältnismäßigkeit von Einzelakten	220
a) Verhältnismäßigkeit der Ermessensausübung und der Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe	220
b) Verhältnismäßigkeit gebundener Hoheitsakte	221
III. Prozessuale Konsequenzen: Reichweite des Normverwerfungsmonopols des BVerfG	222
§ 18 Grundrechtsverzicht	224
I. Verzicht bzw. Disposition als Ausdruck der Autonomie	224
II. Objektive Voraussetzung der Disponibilität	224
III. Subjektiv-individuelle Voraussetzung der Freiwilligkeit	225
IV. Rechtsfolgen eines Grundrechtsverzichts	226
§ 19 Grundrechtsmissbrauch und Grundrechtsverwirkung	227
I. Funktion des Art. 18 GG als Instrument wehrhafter Demokratie	227
II. Art. 18 GG als abschließende Regelung des Grundrechtsmissbrauchs	227
III. Voraussetzungen der Verwirkung	228
IV. Konstitutives Verfahren vor dem BVerfG	228
V. Rechtsfolgen	228
§ 20 Grundrechtskonkurrenzen und -kumulationen	230
I. Problemkonstellationen im Überblick	230
II. Vorfrage: Reduktion der Konkurrenzen durch die Eingriffsdogmatik	230
III. Spezialität und Subsidiarität	230
IV. Idealkonkurrenz	232

Inhalt

V. Sogenannte „Schutzbereichsverstärkungen“	234
VI. Kumulative bzw. additive Grundrechtseingriffe	235
Teil 5: Besondere Grundrechtslehren	
<hr/>	
§ 21 Systematik der besonderen Grundrechtslehren	237
I. Abgrenzung sachlicher Schutzbereiche als Weichenstellung	237
II. Schutzbereiche als Thema der Verfassungsinterpretation	239
§ 22 Garantie der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG)	241
I. Die Funktion der Menschenwürde als Ausnahmenorm im System der Grundrechtsdogmatik	241
II. Konsequenzen für die Interpretation der Menschenwürde	241
III. Überblick über die dogmatischen Streitfragen	242
IV. Menschenwürde als Grundrecht?	243
V. Erstreckung des Schutzes auf ungeborenes Leben?	244
1. Rechtspraktische Diskursebene	244
2. Die Ebene der Begründungsansätze für die Menschenwürde	245
VI. Modaler Ansatz zur Bestimmung des sachlichen Gewährleistungsbereichs der Menschenwürde	246
VII. Erschließung der Menschenwürdegarantie über Fallgruppen	248
1. Methodik der Fallgruppenbildung	248
2. Die drei anerkannten Fallgruppen der Menschenwürdegarantie	248
3. Bestrittene Fälle	250
VIII. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde als Abwägungsfestigkeit	251
IX. Verweis auf europäische Grundrechte	252
§ 23 Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)	253
I. Die allgemeine Handlungsfreiheit als Auffanggrundrecht: Art. 2 Abs. 1 GG	253
1. Systematische Funktion des Auffanggrundrechts	253
2. Bedeutung des Auffanggrundrechts in Fallgruppen	255
3. Verweis auf europäische Grundrechte	256
II. Bedeutung der allgemeinen Grundrechtslehren für Art. 2 Abs. 1 GG	257
III. Die Schrankentrias des Art. 2 Abs. 1 GG als allgemeiner Gesetzesvorbehalt	257
§ 24 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG)	259
I. Systematik der allgemeinen Freiheitsrechte	259
II. Die Ausprägungen und Teilgehalte des allgemeinen Persönlichkeitsrecht als unbenanntes Freiheitsrecht: Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	261
1. Schutz der Grundbedingungen der Identitätsfindung	261
2. Schutz der Identitätsstiftung durch Selbstdarstellung	263
3. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	265
4. Schutz der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme	266
5. Verweis auf europäische Grundrechte	267

Inhalt

§ 25 Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG)	268
I. Die Funktion des Lebens und der Gesundheit im System des Grundrechtsschutzes	268
II. Begriff des Lebens i. S. d. Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	271
III. Begriff der körperlichen Unversehrtheit i. S. d. Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	273
IV. Schrankenregelung des Art. 2 Abs. 2 S. 3 GG	274
1. Expliziter Gesetzesvorbehalt	274
2. Grundrechtsschützende Funktion eines Verwaltungsvollzugsvorbehalts	274
V. Verweis auf europäische Grundrechte	276
§ 26 Die Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG)	277
I. Die Funktion der körperlichen Bewegungsfreiheit im System des Grundrechtsschutzes	277
II. Freiheit der Person i. S. d. Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG	277
III. Die Schrankenregelung des Art. 2 Abs. 2 S. 3 GG	279
IV. Die Schrankenregelung für den Freiheitsentzug: Art. 104 Abs. 2–4 GG	280
V. Verweis auf europäische Grundrechte	281
§ 27 Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art. 4 GG)	282
I. Die Funktionen der Religions- und Gewissensfreiheit im System des Grundrechtsschutzes	282
II. Grundrechtsentwicklung	283
III. Neutralität und Parität als innere Maßstäbe	284
IV. Systematische Weichenstellungen	284
1. Art. 4 Abs. 1 und Abs. 2 GG als einheitliches und vorbehaltloses Grundrecht	284
2. Drei Ausprägungen des Grundrechts als Religions-, Weltanschauungs- bzw. Gewissensfreiheit	285
3. Zum Verhältnis von Bekenntnis- und Gewissensfreiheit	286
4. Systematische Funktion der Art. 136 ff. WRV	286
5. Das „Selbstverständnis des Grundrechtsträgers“ bei der Bestimmung des Schutzbereichs	287
V. Schutzgehalte: Innere und gelebte Freiheiten des Geistes	287
1. Forum Internum	287
2. Forum Externum als Bekenntnis- und Kultusfreiheit	288
3. Forum Externum als spezifische Handlungsfreiheit gemäß innerer Verhaltensgebote	288
VI. Schutzdimensionen	290
1. Positiver und negativer Schutz	290
2. Individueller und kollektiver Schutz der Religionsfreiheit	291
VII. Verweis auf europäische Grundrechte	292
§ 28 Die Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG)	293
I. Die Funktion der Freiheit und Vielfalt geistiger Inhalte und ihrer Kommunikation im System des Grundrechtsschutzes	293
II. Meinungs- und Informationsfreiheit	295
1. Geschützte Meinungen	295

2.	Geschützte Formen der Meinungsbildung und der Meinungsverbreitung	296
3.	Informationsbeschaffung	297
4.	Negative Meinungs- und Informationsfreiheit	298
III.	Medienfreiheiten	299
1.	Funktioneller gemeinsamer Nenner der Medienfreiheiten im Wandel	299
2.	Pressefreiheit	301
3.	Rundfunk und Filmfreiheit	302
IV.	Schranken der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit	303
1.	Unterschiedliche Verfassungstraditionen der Schranken geistiger Freiheit	303
2.	Die amerikanische Tradition der Maximierung geistiger Freiheit	303
3.	Die europäische Tradition der Relativierung der geistigen Freiheit	303
4.	Schrankensystematik des Art. 5 Abs. 2 GG	304
5.	Gesetze zum Schutze der Jugend und der persönlichen Ehre	304
6.	Allgemeine Gesetze i. S. d. Art. 5 Abs. 2 GG	305
7.	Zensurverbot als Schranken-Schranke: Art. 5 Abs. 1 S. 3 GG	308
V.	Verweis auf europäische Grundrechte	308
§ 29	Die Freiheiten der Kunst, der Wissenschaft und der Lehre (Art. 5 Abs. 3 GG)	309
I.	Die Funktion der Kunst- und Wissenschaftsfreiheit im System des Grundrechtsschutzes	309
II.	Die Kunstfreiheit	311
1.	Der offene Kunstbegriff	311
2.	Persönlicher Schutzbereich und Schutzdimensionen	312
III.	Die Wissenschafts- und Lehrfreiheit	314
1.	Der offene Wissenschaftsbegriff	314
2.	Persönlicher Schutzbereich und Schutzdimensionen	315
IV.	Die Vorbehaltlosigkeit der Gewährleistung	315
V.	Verweis auf europäische Grundrechte	316
§ 30	Ehe und Familie (Art. 6 GG)	317
I.	Begrifflicher und funktioneller Bestand und Wandel	317
II.	Schutz der Ehe	318
III.	Schutz der Familie	322
IV.	Erziehungsrecht und -pflicht der Eltern	322
V.	Schranken des Art. 6 Abs. 1 GG einerseits und des Erziehungsrechts andererseits	324
VI.	Verweis auf europäische Grundrechte	326
§ 31	Schulwesen (Art. 7 GG)	327
I.	Systematischer Überblick über die Regelungen des Art. 7 GG	327
II.	Recht auf schulische Bildung	327
III.	Religionsunterricht	329
IV.	Privatschulfreiheit	330
V.	Schranken im Schulwesen	330
VI.	Verweis auf europäische Grundrechte	330

Inhalt

§ 32 Die Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)	331
I. Die Funktionen von Versammlungen im System des Grundrechtsschutzes	331
II. Der verfassungsrechtliche und der verwaltungsrechtliche Begriff der Versammlung	332
1. Körperliche Anwesenheit mindestens zweier Personen	332
2. Gemeinschaftliche Teilnahme als prägendes Element der Kommunikation	333
III. Die Begrenzung des Schutzbereichs durch die Merkmale der Waffenlosigkeit und der Friedlichkeit	337
1. Systematische Einordnung und Verhältnis zu den Schranken des Art. 8 Abs. 2 GG und zum einfachen Recht	337
2. Friedlichkeit	337
3. Waffenlosigkeit	339
IV. Inhalt der Gewährleistung	339
V. Schranken der Versammlungsfreiheit	340
1. Gesetzesvorbehalt des Art. 8 Abs. 2 GG für Versammlungen unter freiem Himmel	340
2. Anmelde- und Erlaubnisfreiheit nach Art. 8 Abs. 1 GG als Schranken-Schranke	341
VI. Verweis auf europäische Grundrechte	342
§ 33 Die Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)	343
I. Die Funktionen von Vereinigungen im System des Grundrechtsschutzes und im Verhältnis zum Demokratieprinzip	343
II. Der verfassungsrechtliche und der verwaltungsrechtliche Begriff der Vereinigung	345
1. Gesetzliche Anknüpfungen	345
2. Personenmehrheit	346
3. Freiwilliger Zusammenschluss mit einem Gemeinschaftsinteresse	346
4. Organisatorische Mindestanforderungen	347
III. Positive und negative Freiheit der Institutionalisierung	348
1. Positiver Schutz der Institutionalisierung als „Doppelgrundrecht“	348
2. Negativer Schutz vor Zwangsmitgliedschaft	348
IV. „Doppelte Zweckneutralität“ des Schutzbereichs	349
1. Kein spezifischer Schutz gemeinschaftlicher Zwecke	349
2. Zweckneutraler Schutz aller Gemeinschaften	350
V. Schranken der Vereinsfreiheit, insbesondere Vereinsverbote	351
VI. Verweis auf europäische Grundrechte	352
§ 34 Die Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG)	353
I. Die Funktionen von Koalitionen im System des Grundrechtsschutzes und im Verhältnis zum Demokratieprinzip	353
II. Der verfassungsrechtliche Begriff der Koalition	354
1. Systematische, ausdrückliche und funktionale Begriffsmerkmale der Koalition	354
2. Zwecke der Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen	354